

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 24

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Merkwürdige Nachrichten

—an— Während nun feststeht, dass im *Baugewerbe kein Konflikt* ausbrechen wird, dass im Gegenteil *beide Parteien dem bundesrätlichen Schlichtungsvorschlag zugestimmt* haben, und dass also nicht *eine* das ganze Land aufwühlende und die Situation verwirrende Aktion in die hochwichtige Abstimmungszeit über AHV und Wirtschaftsartikel fällt, kommt aus *Luzern* eine merkwürdige Nachricht. Dort haben die schweizerischen *«Jungkonservativen»* getagt und über die AHV debattiert, und zwar offenbar leidenschaftlich. Schliesslich kam eine Mehrheit für eine Verwerfungsparole zustande. Freilich verzichteten die Leute darauf, nun auch den kantonalen Parteioorganisationen entsprechende Weisungen zu erteilen, d. h. von ihnen zu verlangen, dass sie für die Abstimmung eindeutig ein Nein empfehlen müssten. Dazu kamen sich Gegner und Befürworter zu nahe. Es zeigte sich auch, dass von Kanton zu Kanton die Stimmungen anders liegen.

Die Aussenstehenden entnehmen dieser Abstimmung, dass es *neben den welschen «Liberalen»*, neben dem sogenannten *«Burrus-Komitee»* und den Leuten, die das Referendum unterschrieben haben, neben den Leuten von der neu erfundenen *Monatszeitung «Der Steuerbatzen»*, neben den Urhebern der *neuen Initiative für die Altersbeihilfe* (im Falle der Verwerfung) unserer AHV noch ganz andere Kreise gibt, die opponieren wollen. Die *«Jung-Konservativen»* und die *«Jung-Christlich-Sozialen»* sind die aktivsten Gruppen in den KK-Organisationen. Wenn *die* sich gegen eine Sache aussprechen, und wäre es auch nur mit einem *«knappen Mehr»*, dann kann man sich auf allerlei gefasst machen und muss vor allem befürchten, dass sie ein annehmendes *«Ständemehr»* gefährden könnten.

Zweifellos liegt das Zentrum der Gegnerschaft in der *stark anti-etatistisch eingestellten Innerschweiz*, von *«Aussenposten»* abgesehen. Zufällig liegt dort auch *eines der wichtigsten Zentren der Wirtschaftsartikel-Gegner*. Sie haben sich jüngst an der schweizerischen *Gewerbeverbandstagung gemeldet*. Das Ständemehr muss aber vorhanden sein, sonst nützt ein Volksmehr nichts. Die Gegner kennen diesen Umstand gut genug, und sie werden die innerschweizerischen *«Opponenten gegen die Staatsdiktatur»* vier Wochen lang nach Kräften ermuntern... vorn- und hintenherum. Darauf kann man zählen.

Man ist in den Parteien jener Gegenden, welche auf ihre paroletreuen Gefolgschaften zählen können, oft zu wenig unterrichtet über das, was man aus gewissen Landesteilen zu erwarten hat, in welchen *eine* Partei stärker ist als alle andern, die Partei der Neinsager, die stimmungsmässig alles, was der Staat unternimmt und was ihn stärken könnte, verwerfen. Mögen vor allem *die Reden unserer obersten Magistraten* das Ihre tun, um jenen Zirkeln entgegenzuwirken, die *«den Geist von Steinen und Bulle»* in sich haben. Wenn Herr Bundesrat Etter sich rechtzeitig auf die Beine machen wird, kann er dort drinnen im *«schwarzen Herzen der Eidgenossenschaft»* Wunder bewirken.

Mit Krediten und Intrigen

Staatssekretär Marshall hat in einer Rede den Russen eine sozusagen *letzte Chance für die Novemberkonferenz* gegeben. Nichts kann deutlicher als eine so offene Bekundung des ame-

rikanischen Willens zur Festigkeit verraten, wie sehr sich die Gegensätze zwischen Moskau und Washington verschärft haben. In der *Türkei* nehmen die amerikanischen Experten eine Truppenschau vor, besichtigen die Grenzgebiete und leiten damit die Tätigkeit der Berater ein, welche über die Verwendung der amerikanischen Kredite... Kredite à fonds perdu übrigens... zu wachen haben werden. In den USA wird immer von neuem betont, dass man militärisch stark sein müsse, so auch von *Präsident Truman* selbst, der vor seinem Regiment aus dem ersten Weltkriege sprach. Nimmt man dazu die *Bestrebungen, ganz Amerika militärisch einheitlich zu organisieren*, sämtlichen Staaten USA-Berater zur Verfügung zu stellen und von Feuerland bis Labrador und Alaska eine einheitliche Verteidigungsorganisation zu schaffen, dann wird man nicht im unklaren sein, bis zu welchem Grade sich die *«neue Poliik»* Trumans schon durchgesetzt hat. Es geht sowohl um den Ausbau der Ausgangs- und Auffangstellungen auf der westlichen Hemisphäre wie um die Verstärkung der Aussenlinien in Europa und dem näheren Osten. Die Vervollständigung der amerikanischen Position ergibt sich aus der *Einbeziehung Argentiniens in den bisherigen Kreis der «stillschweigend verbündeten» Staaten*. Die *Aussöhnung mit Peron* scheint perfekt zu sein. Staatsmänner und Diplomaten, die vor wenigen Monaten noch den halbfaszistischen Diktator in *Buenos Aires* in einem Atem mit *Franco* nannten, müssen heute gehen. Allen ideologischen Differenzen, allen zwielichthaften sozialen Verhältnissen im *«fortschrittlichsten Staate Südamerikas»* gehen heute die militärisch-nationalen Überlegungen der USA vor.

Die Russen ihrerseits sehen die Gefahr herannahen, welche ihre europäischen Vorposten bedroht. Haben sie bereits in Asien allenthalben den Kürzern gezogen, müssen sie sich

darauf gefasst machen, *hinter Pruth, Bug und Karpaten zurückweichen zu müssen*. Aus diesem Grunde ist *die neue Offensive in Ungarn*, welche zur Auslösung des *Nagy-Skandals* führte, eröffnet worden. Moskau weiss genau, was gespielt werden soll, aber die Amerikaner wissen selbstverständlich, wie das Gegenspiel der Russen aussieht. Aus einem Presse-Interview, welches *Nagy in Genf* gegeben, gewinnt man einen sehr unvollständigen Eindruck über die sich kreuzenden Intrigen von beiden Seiten. Er stellte seinen Fall zu persönlich dar, legte lediglich die *Doppelzüngigkeit des Präsidenten Tildy* fest, der ihn einerseits vor der Heimkehr warnte, anderseits von ihm als einem *«Verräter»* spricht, genau wie von den verschiedenen Diplomaten und Gesandten, welche sich weigern, dem Aufgebot nach Budapest zu folgen und lieber Ausbürgerung und Absetzung auf sich nehmen.

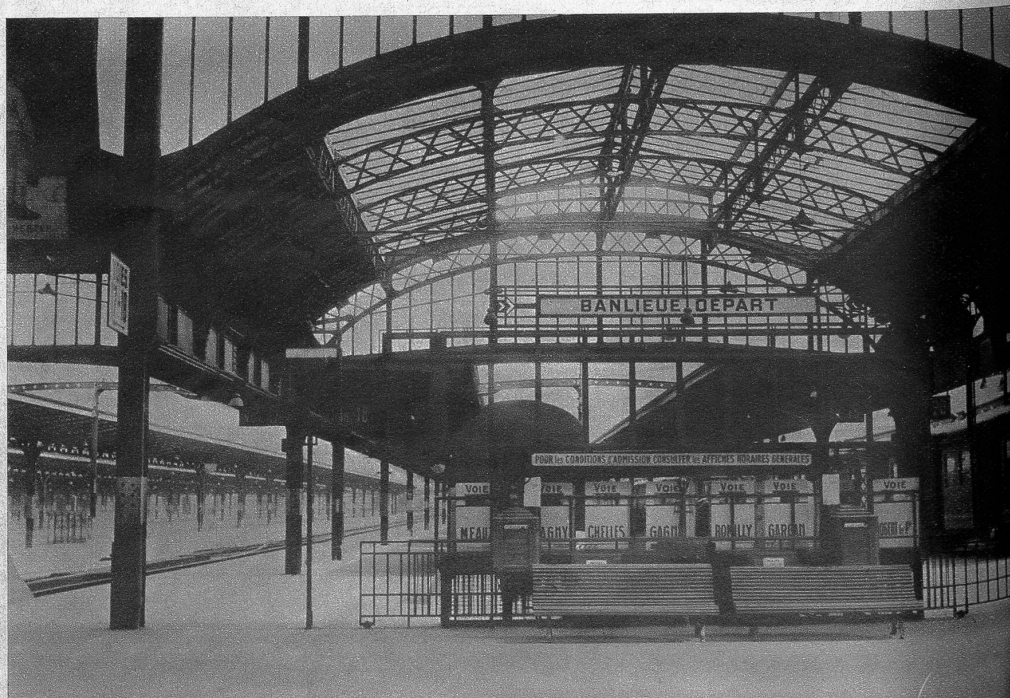
Wer nicht blind ist, sieht, dass die *«Partei der Kleinen Landwirte»* ihre Hoffnung auf den Moment setzt, da die Russen das Land verlassen müssen. Das könnte frühestens Ende dieses Jahres geschehen, für den Fall nämlich, dass Anfang November der *österreichische Vertrag* zwischen den Mächten zustande käme. Es wäre dann ein Räumungstermin bis Ende Januar möglich, und nachher bekämen alle Elemente Luft, die heute gute Miene zum russischen Spiel machen und sich mit den Kommunisten und Sozialisten in die Regierung teilen, faute de mieux, möchte man sagen. Die Russen müssten ihre eigenen Methoden nicht kennen, wenn sie nicht auf die Bereitschaft aller Nichtkommunisten zu solchen Unternehmungen schiessen würden. Aus diesem Grunde unternehmen sie ihre immer erneuten Dezimierungsaktionen gegenüber der *«verdächtigen Mehrheitspartei»*, die in den kommenden Wahlen *«gründlich zusammengeschlagen»* werden soll. Vielleicht als Begleitmusik zur nächsten Grossmächtekonferenz.

Versuche im weitem Vorfeld

sind die *gegenwärtig einsetzenden verschärften kommunistischen Aktionen in Frankreich*, welchen vielleicht ähnliche bald auch in Italien folgen werden. Denn dort hat sich *De Gasperi*

100 000 Eisenbahner streiken in Frankreich

Der Eisenbahnerstreik in Paris wurde am Samstag morgen vervollständigt, als das Personal der Gare d'Austerlitz, des letzten der fünf Grossbahnhöfe von Paris, die Arbeit niederlegte. Unser Bild wurde am Sonntag im Gare de l'Est in Paris aufgenommen



nun mit einem Kabinett umgeben, das fast aus lauter christlichen Demokraten besteht: 12 von 15 Ministern sind es, der Rest sind «Unabhängige», so der Aussenminister Carlo Sforza. Merkwürdig ist, dass beinahe mehr Jubel über diese Regierung bei den fascistischen «Quaquenisten», den Liberalen und den Monarchisten als bei den katholischen Zentrumsleuten herrscht. «Das erste Kabinett des Mutes», so wird die neue Regierung apostrophiert, wodurch die früheren zu Kabinetten der Furcht vor der Linken gestempelt werden. In katholischen Arbeiterkreisen ist man beunruhigt und sieht gewisse Gruppen bereits in Abwanderung zu den Sarragat-Sozialisten, wenn nicht weiter nach links, begriffen. Ein Prozess, den übrigens auch die Linke selbst erwartet, und worüber sie im Grunde triumphiert. Togliatti, der kommunistische Führer, erwartet in den kommenden Wahlen einen roten Sieg. Ihm ist in der Opposition richtig wohl. Immerhin könnte er sich täuschen, und es könnte sich zeigen, dass er zwar die wirtschaftliche Lage richtig zu analysieren versteht, in psychologischen Fragen aber, genau wie seine Parteigenossen in den meisten Ländern, zu sehr vereinfacht und damit vergrößert. Das italienische Volk arbeitet mit einer erstaunlichen Unverdorrenheit an seinem Wiederaufbau. Fällt die Sommerernte besser aus als die vorhergehenden, lässt sich um einige Grade besser leben, dann fallen die Wahlgewinne jenen Parteien zu, die vor allem Ruhe versprechen. Das sind links die gemäs-

zu bestehen. Während sie sich nach rechts der wilden Unternehmungen gegen die Staatskontrolle der Wirtschaft erwehren muss, während sie alle nur möglichen Anstrengungen macht, um ihre Preis-Stop-Politik durchzusetzen, versucht nun die in den verstaatlichten Bahnen mitredende Gewerkschaft eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Wohl möglich, dass die Anstrengungen Ramadiers in naher Zukunft auf der ganzen Linie in Frage gestellt werden. Der Lebensmittellindex steigt um rund 5 %, und das infolge «Ungehorsams» von seiten der Lieferanten und der ausgebliebenen vermehrten Importe. Vergeblich wird das Land beschworen, bei der Stange zu bleiben. Vergeblich malt Ramadier die Gefahr an die Wand, die der Währung droht... der Währung, die einzig die Bezahlung der Importe garantieren kann.

Ist vielleicht der Zeitpunkt nahe, wo die «Linksregierung» ihr «Non possumus» eingesehen und de Gaulles «Rassemblement du peuple français» Platz machen muss, das alsdann mit amerikanischen Krediten rechnen könnte? Krediten, die über das, was Léon Blum seinerzeit heimbrachte, weit hinausgehen? USA gibt Kredite nur an «stabile demokratische Regierungen», das weiss man... und hat sie beispielsweise Ungarn neuerdings gesperst...

Die Front in Asien ist gekennzeichnet durch neue kommunistische

der Schantungprovinz von den «Roten» erfochten werden.

Indien scheint im Gegensatz zu China den Weg zu einer wirklichen Konsolidierung zu finden, und zwar im Sinne einer neuen Ordnung, die das Riesenreich in einer nicht zu lockeren Anlehnung an das britische Empire belässt. Dadurch würde eine der gefährlichsten Lücken im angelsächsischen Verteidigungssystem geschlossen. Man erinnere sich, wie noch vor Wochen die Rede davon war, dass die kommunistischen Elemente sich bei den Unruhen mehr als früher vordrängten und da und dort bereits als die radikalen Doktoren der «indischen Krankheit», der religiösen und rassenmässigen Zersplitterung, auftraten. «Gleichmachendes Sowjetsystem», das alle überlieferten Parteiteilungen umwürfe und den sich bekämpfenden Massen einen neuen, den «einzigsten» Feind zeigen würde: Die besitzenden Klassen!

Es ist nun so herausgekommen, dass der Kongress, die Moslemliga und die Sikhs (eine zwischen beiden stehende, nur 4 Millionen starke, aber auf den Waffendienst eingeschworene Sekte, die England die besten Soldaten lieferte), gleichermassen erklärt haben, den britischen Teilungsvorschlag anzunehmen und sogleich die Organisation der zwei getrennten Parlamente und Verwaltungen zu beginnen.

Damit steht nun folgendes fest: Es wird zwei indische Staaten geben: Der grössere wird sich Hindustan nennen und seine Hauptstadt Neu Delhi haben. Pakistan mit Peschawar als Hauptstadt, wenn keine andere genannt wird, soll das westliche Pundschab umfassen, und als Enklaven im Hindustanischen werden ihm die mehrheitlich mohammedanischen Bezirke Bengalens angehören, in welchen wiederum die hindustanische «Unter-Enklave» Kalkutta liegen würde. Die Nordwestprovinzen würden sich wohl Pakistan anschliessen, da sie mohammedanisch sind. Immerhin sind hier die Afghanenfreunde als Gegner des Pakistan tätig. Kaschmir aber würde wieder als Hindustanenklave gelten. Eine ungelöste Frage bleiben die Hunderte von unabhängigen Fürstentümern, von allem Radschputana und Hyderabad, von welchen der Kongress hofft, sie würden sich Hindustan anschliessen. Ceylon bleibt als britische Kronkolonie ausserhalb des Spiels. Burma als Bestandteil des bisherigen «indischen Kaiserreiches» hat seine eigene Autonomie schon erhalten.

Für die Uebergangszeit sollen beide Indien das Dominienstatut erhalten, dazu einen gemeinsamen Generalgouverneur. Das alle Teile zusammenschweissende und vielleicht auch mit England verbindende Stück der neuen Ordnung aber wird die «all-indische Armee» sein, deren Organisation beide Teile gern den Engländern überlassen möchten. Londons Hoffnung besteht in der Verewigung des «provisorischen» Dominienstatuts Indiens, und Amerikas Hoffnung, dass man dem neuen, fast ganz unabhängigen Reiche nicht mit Extrakrediten auf die Beine helfen müsse, um es als «antirussisches Frontstück» lebensfähig zu erhalten.

Immer mehr und mehr
liest man
Die Berner Woche



Es war ihn leider nicht...

Lustwandelte da eines Abends durch eine Strasse in Warschau ein Mann, dessen Aussehen auf jeden Polen provozierend wirkte. Denn für Adolf Hitler hat in Warschau niemand nichts übrig. Zwei gewissenhafte Polizisten näherten sich dem Mann mit der Stirnlocke und dem Fliegenschäufchen, verhafteten ihn in aller Form und liessen sich durch die in polnischer Sprache vorgebrachten Unschuldsbeteuerungen nicht beeindrucken. Warum sollte es Hitler nicht möglich gewesen sein, in 2 Jahren die polnische Sprache zu erlernen? Ein kurzes Verhör auf dem Polizeihauptquartier ergab dann freilich bald, dass der biedere Herr Piskorski mit Hitler lediglich das Aussehen gemeinsam hat. Unser Bild: Der polnische «Hitler» nach seiner Verhaftung (Photopress)

sigten Sozialisten, in der Mitte die Christlich-Demokraten und rechts sozusagen alle andern Parteien. Zwar gab sich der italienische Gewerkschaftsbund an seinem neunten Kongress in Rom ein Direktionskomitee, in welchem 58 Kommunisten gegen 35 Nichtkommunisten stehen. Zwar zeigten die letzten Wahlen in Sizilien einen markanten Linksrutsch, aber die Auswirkungen des «guten Sommers» werden sich erst in einigen Monaten zeigen.

Was Frankreich anbelangt, scheint Maurice Thorez die Pause zwischen seiner Ausbohrung und der Ausmünzung dieser Ausbohrung abgebrochen zu haben. Ein Generalstreik der Eisenbahner ist ausgebrochen. Bis in den schweizerischen Fremdenverkehr hinein machen sich die Wirkungen dieser schwerwiegenden Bewegung geltend, indem die zu uns reisenden Engländer den Umweg über Belgien nehmen und auch dann nicht sicher sind, ob sie durchs Elsass oder am Ende noch weiter östlich fahren müssen. Die Regierung Ramadier hat also ihre erste grosse Kraftprobe

Aktionen in China einerseits, andererseits aber durch eine ziemlich überraschende Wendung in Indien. Aufrufe aus Nord-Schensi, wo sich die aus Jen-nan vertriebene Arbeiter- und Bauernregierung irgendwo eingenistet hat, forderten in der letzten Woche alle Arbeiter in den chinesischen Städten zum Generalstreik auf, worauf die Regierung von Nanking mit soliden Truppenbereitsetzungen antwortete. Immer wieder flackern die Kämpfe in den verschiedensten Landesgegenden auf. In der Mehrzahl der Nordprovinzen scheint sich das Regime Tschiang Kai Schecks auf die festen Städte und die Verkehrswege zu beschränken, wie zur Japaner Zeit das der japanischen Militärs. Immerhin hält man in den USA die Gefahr nicht für so gross, dass Nanking bereits unter die Staaten eingereiht wird, welche Extrahilfe wie Griechenland und die Türkei nötig haben. Allein das kann kommen, wenn mehr Siege wie der gemeldete in